Morgen-Ausgabe

„Berliner Tageblatt" und „Handels-Zeitung" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Technische Rundschau", „Haus Hof Garten", Witzblatt „ULK". Man abonniert bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslow. Staates, Ungarns, der Schweiz, Luxemburgs, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens und Bulgariens; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. **Bezugspreis:** Durch die Post vierteljährlich **12.75** Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Ausland ausschließlich Postaufschlag: für Berlin und Vororte monatlich **4.50** Mark, vierteljährlich **13.50** Mark bei täglich zweimaliger Zustellung durch Botenfrauen ins Haus. Unter Kreuzband monatlich: für Deutschland, Deutsch-Oesterreich, Ungarn und die Tschecho-Slowakei 7.— Mark, fürs übrige Ausland 10 Mark. In Berlin und Vororten abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46-49 (Fernsprecher Amt Zentrum Nr. 10131—10144, für den Fernverkehr Nr. 14207—14209), und den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Chefredakteur: **Theodor Wolff** in Berlin.

Insertionspreis: Zeile M. 2.— u. 50% Zuschlag. Familien-Anzeigen u. Stellen-Gesuche M. 1.— die Zeile. Inserat.- u. Abonn.-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexp. SW. 19, Jerusalem. Str. 46-49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdam. Str. 33; Zimmerstr. 50; Königstr. 56/57; Rosenthal. Str. 48; Schönh. All. 144; Moritzplatz; Köpenicker Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerd. 4; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. All. 286; Frankf. Allee 346; Blücherstr. 69; Wiener Str. 1-6; Greifsw. Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Charlottenb.: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnb. Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Henriettenpl.; Lichtenb.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: **Rudolf Mosse** in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr 440 • Ausgabe A Nr. 239
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 440

Freitag, 19 September 1919
48. Jahrgang

Die Gärung in Pommern.

Die Obstruktion der Großgrundbesitzer.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

H. Stettin, 18. September.

In Pommern gärt es. Das ist eine Tatsache, an der niemand, der die Verhältnisse kennt, vorübergehen kann. Gleichwohl aber kann man sagen, daß die augenblickliche Lage schlimmer dargestellt wird, als sie in Wirklichkeit ist. In den meisten Kreisen Pommerns ist der wirtschaftliche Frieden durch Tarifverträge hergestellt. Wo hier und da diese Verträge von den Landarbeitern nicht eingehalten worden sind ist es immer nach kurzer Zeit zu einer Einigung gekommen. Der wirtschaftliche Frieden in Pommern wäre aber längst völlig gesichert, wenn nicht in den Kreisen Neu-Stettin und Belgard die Großgrundbesitzer aus prinzipiellen Gründen den Abschluß von Tarifverträgen verweigert hätten. Im Kreise Neu-Stettin ist Herr v. Herzberg-Lottin der Führer der Bewegung gegen die Tarifverträge. Er und seine Freunde erklärten, daß sie sich auf Verträge prinzipiell nicht einlassen könnten und sie hielten diese Stellung trotz aller Bemühungen der Verwaltungsbehörde aufrecht. Im Kreise Belgard verhandelte man über die Tarifverträge; dort wurde erklärt, man könne sie nur abschließen, wenn die

Arbeitnehmer eine Kaution von 300 000 Mark

stellen würden. In Belgard hat man also eine neue Form der Obstruktion gewählt. Bei diesem Verhalten der Arbeitgeber war der Streik die unausbleibliche Folge. In Neu-Stettin wurde allerdings zunächst nur vereinzelt gestreikt, während der Streik im Kreise Belgard eine sehr große Ausdehnung angenommen hatte. Neun neuen Vermittlungsversuchen der Regierung gegenüber blieben die Arbeitgeber nach wie vor ablehnend. Sie hofften auf die militärische Hilfe zur Einbringung der Ernte. Teilweise ist ihnen diese Hilfe auch gewährt worden, ohne daß die Verwaltungsbehörden vorher von den militärischen Stellen gefragt worden wären. Hätte man diese Zustände weiter einreißen lassen, so wäre eine weitere Ausdehnung der Streiks auch über diese beiden Kreise hinaus ebenso sicher gewesen, wie der Generalstreik der Landarbeiter während der Ernte der Hartfrüchte. Nun griff der Landwirtschaftsminister durch die Verordnung ein, in der er die Regierungspräsidenten ermächtigte, für ihre Bezirke oder einzelne Teile Arbeitsbedingungen für landwirtschaftliche Arbeiter festzusetzen wenn die beteiligten Arbeitgeber oder Arbeitnehmer die gemeinsame Festsetzung solcher Bedingungen verweigerten. Der Minister drohte für den Fall, daß die von seiten der Regierung festgesetzten Arbeitsbedingungen nicht innegehalten würden, mit Zwangsmaßnahmen, schlimmstenfalls mit Zwangsverwaltung der beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe. Sonst wäre der Verordnung jede Wirkung entzogen worden. Das Einbringen der Ernte ist sicherlich ein Teil der Uebergangswirtschaft und für die Uebergangswirtschaft von entscheidender Bedeutung. Daß die enttäuschten Agrarier in Neu-Stettin und Umgebung die Rechtsgültigkeit der Verordnung bestreiten, nimmt nicht weiter wunder.

Daneben läuft noch eine besondere Aktion im Kreise Franzburg. Die landwirtschaftliche Struktur dieses Kreises spricht jeder modernen Anschauung Hohn. Hier befindet sich

kaum ein Bauerndorf, vielmehr meistens fideikommissarisch gebundener Großgrundbesitz.

Begreiflich, daß der Wunsch der Arbeiter nach Tarifverträgen besonders verpönt ist. Von dem Landrat des Kreises, Herrn v. Stumpffeld, wurde auch seinerzeit der Antrag auf Verhängung des Belagerungszustandes gestellt, der dem Generalkommando Veranlassung gab, große Teile Pommerns unter den Belagerungszustand zu stellen, den Landarbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen und sogar den Arbeitszwang zu verhängen. Alle diese Maßnahmen sind dann später durch die preußische Staatsregierung aufgehoben worden. Des weiteren ist durch Verfügung des Ministers des Innern der Landrat v. Stumpffeld vorläufig beurlaubt worden. Zu seinem kommissarischen Vertreter wurde der sozialdemokratische Arbeitersekretär Bülow ernannt. Sowohl aus der allgemeinen Stimmung der Großgrundbesitzer, wie vor allem aus den bekannten Zuschriften des Pommerschen Landbundes geht hervor, daß man gewillt ist, den Verwaltungsmaßnahmen dieses neuen Landrates Widerstand zu leisten. Augenblicklich herrscht in den Kreisen der arbeitenden Bevölkerung in Franzburg Ruhe.

Wenn also die Lage in Pommern nicht gerade rosig genannt werden kann, so erscheint sie doch nicht so gefährlich, wie gewisse Kreise sie hinstellen möchten. Wünschenswert ist, daß die militärischen Behörden sich eines eigenmächtigen Eingreifens enthalten, und daß das alleinige Recht der Zivilbehörden zur Requisition von militärischer Hilfe respektiert wird. Den Verwaltungsbehörden kann man nur rücksichtslose Strenge denen gegenüber empfehlen, die Gesetze und Verordnungen mißachten und damit das Wirtschaftsleben des deutschen Volkes systematisch untergraben.

Die Unruhen in Köslin stehen nach hierher gelangten Meldungen in keinerlei Zusammenhang mit der Landarbeiterbewegung. Die Unruhen sind vielmehr durch die hohen Lebensmittelpreise und die schlechte Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln hervorgerufen worden.

Die Kohlenkatastrophe in Wien.

Wien ohne Straßenbahnen. — Bevorstehende Einstellung der Zeitungsbetriebe.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

⊙ Wien, 18. September.

Die gesamte Oeffentlichkeit von Wien steht unter dem niederschmetternden Eindruck der Kohlenkatastrophe, die über ganz Wien hereingebrochen ist. In der heute nachmittag abgehaltenen Sitzung über die Sperrmaßnahmen im Verbrauch von Elektrizität und Gas wurde endgültig beschlossen, daß von Sonntag, den 21. September ab der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen und der Bahnen Wien—Preßburg und Wien—Baden eingestellt wird. Gast-, Kaffeehäuser, Konzertsäle, Kinos und Variétés müssen um 8 Uhr abends geschlossen sein, die Haustore um 8 Uhr gesperrt sein. Die Frage, ob die Theater um 8 Uhr zu sperren seien, wurde noch offen gelassen. In der Sitzung wurde auch mitgeteilt, daß der Kohlenvorrat der Elektrizitätswerke nur noch fünfzehn Tonnen betrage. Die elektrischen Aufzüge werden außer Betrieb gesetzt. Voraussichtlich werden binnen Kürze auch die Industrie- und Gewerbebetriebe, die Zeitungsverläge usw. **vom Bezuge elektrischer Energie ausgeschlossen** werden müssen, wenn nicht eine Besserung der Kohlenbelieferung in allerkürzester Zeit zu erreichen ist. Staatssekretär Ingenieur Zerdik wird mit dem Sektionschef Schüller und dem Hofrat Dr. Kloß nach Prag und Berlin fahren, um durch mündliche Verhandlungen neuerlich den Versuch zu machen, diese Nachbarstaaten zu einer verstärkten Kohlenbelieferung zu bewegen, damit einem vollständigen Zusammenbruche vorgebeugt wird.

Der Wiener Bürgermeister teilte mit, daß der tägliche Einnahmeausfall für die Stadtkasse durch die Einstellung des Straßenbahnverkehrs 750 000 bis 830 000 Kronen betragen wird. Sollte der Stillstand längere Zeit andauern und auch auf die Gas- und Elektrizitätswerke übergreifen, so werde dies zum Zusammenbruch der städtischen Finanzen führen. Wie verlautet, wurde auch die **sofortige Einstellung der Zeitungsbetriebe** beantragt. Wenn diese Maßregel zurzeit noch nicht angeordnet wurde, so ist sie doch bei längerer Dauer der Kohlenkrise nicht zu vermeiden. In Gewerbekreisen wird darauf hingewiesen, daß, falls die Sparmaßnahmen in geplanter Weise wirklich durchgeführt würden, dies der vollständige Zusammenbruch aller betroffenen Erwerbszweige wäre.

Wie die Blätter melden, richtete Staatskanzler Renner an Clemenceau und die in St. Germain verbliebenen Mitglieder der österreichischen Friedensdelegation Drahtungen, in denen die durch die Kohlennot hervorgerufene unhaltbare Lage eingehend geschildert und dringend um Abhilfe gebeten wird.

Die für Mitteleuropa eingesetzte internationale Kohlenkommission in Mährisch-Ostrau hat ihre Sitzungen wieder aufgenommen und die Vertreter der interessierten Länder für nächsten Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen. Der Vorsitzende der interalliierten Kohlenkommission in Mährisch-Ostrau, Oberst Nutt, reiste gestern nachmittag nach Wien, um sich über den gefahrvollen Stand der Kohlenversorgung Deutsch-Oesterreichs eingehend zu unterrichten.

Lloyd George für allgemeine Abrüstung.

London, 17. September. (W. T. B.)

Lloyd George hat am Abend im City Temple in einer gedrängt vollen Sitzung des internationalen Brüderschaftskongresses eine Rede gehalten, in der er sagte: „Die alte Ordnung sei mit dem deutschen Heer, das die Welt bedrohte für immer hinweggegangen. Durch den Abgang der Hohenzollern, der Habsburger und der Romanows sei die Welt reicher und stärker geworden. Er hoffe, daß alle großen Rüstungen verschwinden werden. Bezüglich des Völkerbundes sagte er man müsse befürchten, daß das Chaos einander bekämpfender Nationen fortbestehen würde, wenn nicht die Macht der vereinigten Völker der Welt auf den Frieden bestehe.

Nach dem Preßbüro Radio sagte Lloyd George ferner, die großen Rüstungen müssen verschwinden, und zwar nicht nur in Deutschland; sonst würde das Opfer all der Tausenden umsonst sein. Er erwarte, daß jede Verschwendung aufhören werde und daß das Mißverständnis zwischen Irland und dem Rechte des Vereinigten Königreichs, daß sich so sehr in die Länge gezogen habe, verschwinden werde. Aus den Opfern des Krieges sei ein neuer Geist auferstanden, ein Geist, der zu dem Lande der Verheißungen führen werde, von dem viele geträumt haben und das jetzt in erreichbare Nähe gerückt sei. Er wünsche Großbritannien nicht auf den Trophäen seiner Siege in einen Lehnstuhl sitzen zu sehen. Bezüglich des Völkerbundes sagte der Premierminister: „Ich weiß, daß hier, in Frankreich und Amerika viel kritisiert wird. Es wurde aber niemals von menschlicher Hand ein anderer Vorschlag oder Entwurf unterbreitet. Niemals hat sich ein anderer Mensch gefunden, der kam und sagte, daß der Entwurf mangelhaft sei und daß er viel besser geworden wäre, wenn er ihn gemacht hätte."

Ungebetene Gäste.

Die Unterbringung der Wohnungslosen.

P. M. Mit der Wohnungsnot ist es gekommen, wie mit so vielen anderen Kalamitäten der Kriegszeit Man hat von ihr jahrelang geredet und geschrieben, man hat mit ausführlichem statistischen Material nachgewiesen, daß nach der Auflösung der Feldarmee, die Nachfrage nach Wohnungen das Angebot weit übersteigen müsse, man hat auch eine Behörde zu dem Zweck der Bereitstellung von Wohnungen eingerichtet, aber über allen organisatorischen Maßnahmen hat man vergessen, Hand anzulegen. Die einzige wirklich durchgreifende Abhilfe, nämlich der Neubau der statistisch als notwendig errechneten Wohnungen, wurde versäumt. Hier und da sind wohl einige Behelfsbauten geschaffen und einige Baracken aufgeschlagen worden, aber über dürftige Ansätze ist die ganze Aktion nicht hinausgekommen. Nun überfällt uns die jahrelang vorausgesehene und vorausgesagte Wohnungsnot wie eine überraschende Katastrophe. Es hilft nichts, sich über ihre Ursachen des langen und breiten zu unterhalten, oder nach den Schuldigen zu suchen, sondern jetzt muß gefragt werden, was geschehen muß um das Uebel, wenn nicht zu beseitigen, so doch erträglich zu machen.

Ohne die allgemeine Opferwilligkeit ist nichts zu erreichen. Gewiß gibt es noch aus der Kriegszeit her zahlreiche Gesellschaften, auf deren Tätigkeit heute verzichtet werden kann, und die deshalb die von ihnen belegten Räume auf schleunigem Wege dem dringenden Bedarf der obdachlosen Zehntausende zur Verfügung zu stellen haben. Ebenso fehlt es gerade in Berlin nicht an Kasernen, Kasinos und ähnlichen Gebäuden, die heute nur noch zum kleinsten Teil gebraucht werden. Sie müssen gleichfalls für Wohnungszwecke frei gemacht werden. Man wird auch um eine scharfe Nachprüfung der von den Inhabern gemachten Angaben nicht herumkommen. Denn es hat sich leider sehr oft herausgestellt, daß auch dort ein unumgängliches Bedürfnis vorgeschützt wird, wo bei einigem Entgegenkommen sehr wohl noch brauchbare Unterkunftsräume frei gemacht werden könnten. Die Zeit ist heute zu ernst, als daß auf bureaukratische Bequemlichkeiten Rücksicht genommen werden könnte. Die Beamten und Militärpersonen müssen schon etwas zusammenrücken, um für die Obdachlosen Platz zu schaffen.

Etwas anderes ist es mit den Schulen. Gewiß lassen sich auch hier einzelne Räume gewinnen, aber die Voraussetzung muß immer bleiben, daß die Schulzwecke nicht leiden. Während des Krieges ist die schulpflichtige Jugend ohnehin mehr als gut war hin- und hergeschoben worden Sie hat weniger Geleegnheit zum Lernen gefunden, als in früherer Zeit, und die Folge ist eine Verwilderung und eine lückenhafte Vorbildung de heranwachsenden Generation. Solche Zustände dürfen nicht länger bestehen bleiben. Es wäre das bedenklichste und verwerflichste Mittel, über die Wohnungsnot hinwegzukommen, wenn sie mit der Preisgabe der Schulzucht und des Schulzwanges bekämpft würde. Und nicht minder ist bei der Benutzung der königlichen Schlösser Rücksicht auf historische und ästhetische Werte zu nehmen. Es wäre ein unerträglicher Gedanke, wenn sich im Weißen Saal des Berliner Schlosses irgendeine Fettstelle etablieren wollte. Die Stadt Berlin darf über den Augenblickssorgen nicht die Zukunft preisgeben Soweit es sich um wirkliche Kunstwerke handelt, müssen sie unversehrt bleiben. Wir dürfen nicht die barbarischen Gepflogenheiten früherer Generationen nachahmen, die alte Kirchengebäude von unersetzlichem Kunstwert in Pferdeställe verwandelten. Wenn das preußische Finanzministerium sich gegen eine Freigabe solcher Räume wehrt, die der Nachwelt unversehrt erhalten bleiben müssen, so stimmen wir ihm durchaus zu.

Aus der Forderung, doch erst die öffentlichen Gebäude zur Beseitigung der Wohnungsnot heranzuziehen, so berechtigt sie in manchen Fällen sein mag, hört man doch als Unterton das bekannte Gebet an den heiligen Florian heraus. Man hat nichts dagegen daß der Nachbar abbrennt, wenn nur das eigene Haus verschont bleibt. Tatsächlich handelt es sich jetzt um die Heranziehung der allzugroßen Privatwohnungen. Was sich dagegen sagen läßt, das braucht nicht ausführlich wiederholt zu werden. Selbstverständlich ist es für den einzelnen der sich in seiner Wohnung behaglich eingerichtet hat, eine sehr unangenehme Aufgabe, für obdachlose Mitmenschen Platz zu machen. Man wird nicht nur in seinen liebgewordenen Gewohnheiten gestört, sondern man weiß auch nicht mit wem man es zu tun haben wird Auch wenn die Zwangsmieter sich so rücksichtsvoll als möglich benehmen was ja nicht unter allen Umständen erwartet werden kann so wohnen sie doch die ihnen zur Verfügung gestellten Räume ein und die Kontrolle des häuslichen Lebens von unberufener Seite ist gleichfalls nicht angenehm Es ist deshalb verständlich, daß die freiwillige Abgabe von Teilwohnungen nur vereinzelt geblieben ist. Aber gerade deshalb folgt jetzt der Zwang. Der einzelne muß für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung Opfer bringen.

Erst wenn der Inhaber der allzugroßen Wohnung zum Kampf gegen den Notstand herangezogen wird, wenn auch die öffentlichen Gebäude, soweit nicht höhere Rücksichten im Wege stehen, diesem Zweck dienstbar gemacht werden.